

Fokus Tierhaltung – Aufgaben für die Bundesregierung nach der Sommerpause

Anlässlich der bevorstehenden parlamentarischen Sommerpause und gut 100 Tage nach Amtsantritt der neuen Bundesregierung hat der Bundesverband Rind und Schwein e. V. (BRS) eine Zwischenbilanz gezogen. Erste Maßnahmen wie die Aufhebung der Stoffstrombilanzverordnung, die Verschiebung der Tierhaltungskennzeichnung und die Wiedereinführung der Dieselerückerstattung werten wir als wichtige Signale für die heimische Landwirtschaft. Gleichzeitig bleibt der Handlungsbedarf groß: Vom Abbau bürokratischer Hürden über den Schutz der Sauenhaltung bis hin zur Reform von Förderprogrammen und einer realistischen Ausgestaltung der GAP – der BRS benennt klare Forderungen, die nach der Sommerpause auf der politischen Agenda stehen müssen.

Die Aufhebung der Stoffstrombilanzverordnung, die Verschiebung der Tierhaltungskennzeichnung und die Wiedereinführung der Dieselerückerstattung sind aus Sicht des Bundesverbands Rind und Schwein e.V. (BRS) wichtige Signale der neuen Bundesregierung an die Rinder- und Schweinehalter in Deutschland. Damit verdeutlicht die Bundesregierung den Stellenwert der heimischen Landwirtschaft, auch im Hinblick auf globale Krisen und Versorgungsengpässe. Vor diesem Hintergrund plädiert der BRS erneut für die Aufnahme der Ernährungssicherung in das Grundgesetz.

Für die Zeit nach der parlamentarischen Sommerpause hat der BRS folgende Schwerpunktthemen identifiziert:

- Jegliche Stall-Umbauvorhaben und dazugehörige Bundesförderungen sind zum Scheitern verurteilt, solange keine **Erleichterungen beim Bau- und Genehmigungsrecht** erzielt werden. Tieren kann oftmals kein Außenklimareiz geboten werden, weil Emissionsschutzvorgaben eine Öffnung der Ställe unterbinden. Langwierige Genehmigungsverfahren hemmen Investitionen in eine moderne Tierhaltung. Weiterhin müssen schnellstmöglich die TA-Luft bedingten Nachrüstungsspflichten bis zum in-Kraft treten der EU-Industrieemissionsrichtlinie aufgehoben werden.
- Der BRS sieht den Rückgang der Rinder- und Schweinehalter mit großer Sorge – insbesondere die zunehmenden Betriebsaufgaben in der Sauenhaltung. Deutschland kann sich bereits jetzt nicht mehr mit Ferkeln selbst versorgen. Die Umbaupflicht für **Abferkelbuchten** gefährdet die verbleibenden Betriebe zusätzlich. Der BRS spricht sich daher für eine Fristverlängerung oder **Bestandsschutz** für Altanlagen aus.
- Mit der Verschiebung der **Tierhaltungskennzeichnung** bis März 2026 wurde nochmals etwas Zeit gewonnen, um das unausgereifte Gesetz grundlegend zu überarbeiten. Notwendig ist unter anderem die Kopplung der Haltungskennzeichnung mit einer umfassenden Herkunftskennzeichnung, die Integration in bestehende Systeme wie der VVVO, die bundeseinheitliche

Auslegung der Kriterien sowie die Verankerung der Haltungsanforderungen in der TierSchutzNutzTV. Auch die Einbeziehung des Außer-Haus-Verzehrs muss berücksichtigt werden.

- **Bundesprogramm zum Umbau der Tierhaltung (BUT) neu aufstellen** – die Förderung der laufenden Mehrkosten bleibt deutlich hinter den Erwartungen zurück. Unter Anbetracht der aktuellen Haushaltsdiskussion und einer drohenden allgemeinen Kürzung des Programms spricht sich der BRS für die Aufhebung der Mehrkostenförderung aus, um Einsparungen an der investiven Förderung zu verhindern. Gleichzeitig muss die Förderrichtlinie des investiven Teilprogramms so geändert werden, dass mehr Schweinehalter die Förderung in Anspruch nehmen können.
- **Forschung und Entwicklung** in den Bereichen Tierzucht, Tiergesundheit und tiergerechte Haltung ist entscheidend für eine nachhaltige und gesunde Ernährung sowie zur Sicherheit der Wettbewerbsfähigkeit unserer landwirtschaftlichen Produkte. Deshalb müssen die Mittel für das Bundesprogramm Nutztierhaltung wieder aufgestockt werden. Darüber hinaus müssen neue Züchtungstechniken wie das **Genome Editing** von der Bundesregierung ernst genommen werden, insbesondere im Hinblick auf Freihandelsabkommen wie z.B. Mercosur.
- Ein grundlegender **Kurswechsel in der Wolfspolitik** ist dringend erforderlich. Der BRS begrüßt die geplanten Änderungen im Umgang mit dem Wolf, insbesondere die Aufnahme ins Jagdrecht, die rechtssichere Entnahme und den Schutz der Weidewirtschaft. Entscheidend sind jedoch unbürokratische, praktikable Regelungen zur Entnahme von Problemwölfen – auch ganzer Rudel – sowie eine vollständige Kostenerstattung für Prävention und Schäden auf nationaler Ebene. In nicht schützbaren Regionen müssen wolfsfreie Zonen rechtlich ermöglicht werden.
- Der Entwurf für die Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und für den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) wird den großen Herausforderungen, vor denen die europäische Gesellschaft steht, nicht gerecht. Mit einem derartigen Budget wird die Landwirtschaft die Ernährungssicherheit in Zeiten geopolitischer Krisen mittelfristig kaum gewährleisten können, Spielräume für eine Anpassung, an die sich ändernden Klimabedingungen verlieren und die Fortführung der vielfältigen Gemeinwohlleistungen nur begrenzt realisieren können. Der BRS betont daher die Notwendigkeit einer verlässlichen finanziellen Ausstattung der GAP im MFR 2028–2034 in Europa sowie gezielter Investitionsmittel für den tierwohlgerechten Umbau der Tierhaltung.

Die Mittel müssen auf EU-Ebene bereitgestellt und dürfen nicht als große Einzelpakete auf die Mitgliedstaaten verteilt werden. Dadurch würde die Wettbewerbsverzerrung innerhalb Europas nur noch weiter verschärft. Die Kappung und Degression der Direktzahlungen lehnt der BRS aus grundsätzlichen Überlegungen kategorisch ab, da es für viele großstrukturierte Betriebe

vielfältiger Rechtsformen einen massiven finanziellen Einschnitt bedeuten würde. Einem Einschnitt, dem jede sachlogische Berechtigung fehlt

- Der BRS spricht sich dafür aus, bei **Änderungen nationaler Gesetze** verstärkt Fachwissen aus der landwirtschaftlichen Praxis einzubeziehen, um realistische und umsetzbare Lösungen zu entwickeln.

Kontakt

Bundesverband Rind und Schwein e. V.

+49 228 91447 0 • info@rind-schwein.de • Adenauerallee 174 – 53113 Bonn

www.rind-schwein.de

Der Bundesverband Rind und Schwein e.V. (BRS) ist der Dachverband für die deutsche Rinder- und Schweineproduktion. Aufgabe des Bundesverbandes ist es, die deutsche Tierzucht und Tierhaltung – insbesondere für die Tierarten Rind und Schwein – zu fördern. Ziel ist der Erhalt der deutschen Tierhaltung, die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedsorganisationen sowie die Unterstützung bei der nachhaltigen Erzeugung qualitativ hochwertiger Produkte. Der Bundesverband versteht sich als Mittler zwischen den Interessen der Mitglieder und Dritten (Gesellschaft, Politik, Wissenschaft und anderen Fachverbänden) auf nationaler und internationaler Ebene.